

Parteiinterne Demokratie, Parität und Partizipation

Interview mit den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Yvonne Magwas (CDU), Bundestagsvizepräsidentin a.D., und Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesministerin a.D.

Die Fragen stellte **Eva Herzog**, LL.M. (Yale).

Herzog: Der Anteil weiblicher Abgeordneter ist wieder rückläufig und es herrscht Frustration, seit die Landesparitätsgesetze durch Landesverfassungsgerichte zu Fall gebracht wurden. Dieses Heft fragt deshalb, wie die Debatte um die politische Partizipation von Frauen demgegenüber weitergehen soll. Welche Rolle spielen die Parteien bei der Beteiligung von Frauen, und inwieweit muss Parität mitgedacht werden, wenn über Parteien und ihre Rolle bei der politischen Willensbildung gesprochen wird?

Magwas: Parteien spielen schon rechtlich eine große Rolle, weil sie zuständig sind für die Aufstellung der Listen und für die Aufstellung der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in den Wahlkreisen. Allein deshalb muss auch das Thema Parität mitgedacht werden. Als Union haben wir uns auf den Weg gemacht, das Thema mit einer Quote zu regeln. Es hat eine Weile gebraucht, aber wir haben uns auf diese Quote verständigt, und das zeigt ja, dass das Thema für uns sehr wichtig ist. Es betrifft vor allem die

Frage, welches Angebot wir an die Wählerinnen und Wähler machen möchten, aber es betrifft natürlich auch Fragen nach Strukturen oder welche Themen adressiert werden: Was Themen anbelangt, wie kommuniziert wird, wie miteinander umgegangen wird. Da machen eben auch Frauen einen Unterschied, wie wir ja auch im wirtschaftlichen Leben oft die positiven Unterschiede gemischter Teams sehen. Das personelle Angebot an die Wählerinnen und Wähler betrifft natürlich auch nicht nur Männer und Frauen, sondern auch jung und erfahren oder Menschen mit Migrationshintergrund, um nur einige weitere Felder zu nennen. Eine Liste oder auch Direktkandidatinnen und Direktkandidaten sollten so aufgestellt werden, dass sie ein gutes Angebot an die Wählerschaft darstellen. Die anderen Quoten stehen bei uns nirgends offiziell, aber faktisch gibt es diese ebenfalls, zumindest in Ansätzen.



▲ Yvonne Magwas,
Foto: © Tobias Koch

Gesamtgesellschaft sind oder der Teile von Gesellschaft, die sie vertreten. Wenn wir aber wollen, dass der Gleichstellungsauftrag des Grundgesetzes in Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG, ein aktiver Auftrag, realisiert werden soll, heißt das, dass alle Institutionen der Gesellschaft, damit auch Parteien, das als Aufgabe annehmen müssen. Noch schlichter, und weniger juristisch: Wir sind über die Hälfte der Gesellschaft, und wir haben Anspruch, dass die Strukturen uns nicht diskriminieren, sondern wir gleichermaßen

Wir sind über die Hälfte der Gesellschaft, und wir haben Anspruch, dass die Strukturen uns nicht diskriminieren, sondern wir gleichermaßen leichten Zugang haben.

leichten Zugang haben. Das verhindert die alte Rollenverteilung: Frauen haben wegen ihr nicht den gleichermaßen leichten Zugang. Denn diese Gruppenzuschreibungen sind strukturell in den Köpfen, ich habe das sogar in den Bundesministerien erlebt. Frauen stehen vor der Frage, ob sie in Rollen wollen, die immer noch männerdominiert sind. Denn natürlich bestimmen in der Politik Männer die Art des Diskurses und der Kommunikation: breitbeinig, die Arme auseinander, und selbst wenn ein Mann den größten Unsinn erzählt, assoziieren selbst Journalistinnen, Journalisten und Öffentlichkeit immer Kompetenz. Wir kennen das alle (Magwas nickt). Weil das Frauen in der Politik strukturell benachteiligt, gehört die innerparteiliche Komponente zwingend dazu, insbesondere, dass Parteien innerparteilich eine funktionierende Quote haben.

Herzog: Wie tragen CDU und Grüne dem Paritätsanliegen bisher parteiintern Rechnung?

Magwas: Wir hatten in der CDU eine Struktur- und Satzungskommission, die sich nach der Bundestagswahl 2017 damit befasste, wie der Frauenanteil durch eine Quote und andere Verbesserungen erhöht werden kann. Dabei braucht es beides: Anreize und Quote. Nur Anreize oder nur Selbstverpflichtung für sich haben in der Vergangenheit noch nicht zu einem erhöhten Frauenanteil geführt. Deshalb haben wir die Quote neu eingeführt. Darüber hinaus haben wir uns aber auch auf verbesserte Bedingungen verständigt, beispielsweise durch mehr digitale Teilhabe oder auch politische Elternzeit. All das haben wir den Orts- und Kreisverbänden als Beschluss des Bundesparteitags verpflichtend auf den Weg gegeben. Das andere ist natürlich auch, dass dies in der Union über eine sehr

starke Frauen Union (FU) funktioniert. Wenn man als Frau bei uns Parteimitglied wird, ist man automatisch Mitglied in der Frauenunion. Und die Mitspracherechte der Frauenunion, wie die anderer Vereinigungen innerhalb der Partei, sind formalisiert. Es hilft dabei, innerparteilich Stimme erheben zu können, vor allem, dass wir einen eigenen Bundesvorstand haben, die FU-Bundesvorsitzende auch im CDU-Bundesvorstand Mitglied ist. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übernimmt diese Rolle

Wichtig ist, dass wir eine selbstverständliche paritätische Kultur entwickeln. Über Parität muss man nicht mehr reden müssen, sie muss normal sein. Da haben wir noch ein Stück Arbeit vor uns.

die Gruppe der Frauen. So haben Frauen Sichtbarkeit und können Wirkung erzielen. Notfalls muss auch mal „auf den Tisch gehauen werden“. Dass das wirksam ist, haben wir jüngst bei der Besetzung der Bundesregierung gesehen, wo Mechthild Heil für die Frauen laut darauf hingewirkt hat, auf eine paritätische Besetzung zu achten. Wichtig ist, dass wir diese Netzwerke haben und ich sage mal so – eine selbstverständliche paritätische Kultur entwickeln. Über Parität muss man nicht mehr reden müssen, sie muss normal sein. Da haben wir noch ein Stück Arbeit vor uns.

Künast: Wir brauchen eine Abschaffung der 100% Männerquote, denn die kann keiner begründen. Und dafür gibt es einen ganzen Werkzeugkasten, oder Blumenstrauß, an Maßnahmen, die zusammen betrachtet werden müssen. Wir haben bei den Grünen an der festen Quote schon 40 Jahre lang gelernt und haben heute auf jeder ungeraden Zahl zum Beispiel bei Listenaufstellungen eine Frau, sodass entweder Gleichstand herrscht oder eine Frau mehr ins Parlament einzieht. Ich bin überzeugt, man muss die gesamten Strukturen durchgehen, auch das Wahlrecht. Eine große Frage dabei ist, wie man mit Direktmandaten umgeht. Die CSU in Bayern erreicht fast alle Direktmandate, da hilft eine Quote auf der Liste nicht. Dazu gibt es die Idee, dass eine Partei verpflichtet wird, stets je einen Mann und eine Frau zur Wahl zu stellen. Damit würde die Partei gezwungen, dem Gleichstellungsauftrag Folge zu leisten und überhaupt eine Frau „anzubieten“. Wer einzieht, entscheiden dann die Wähler*innen. Ein zweiter Punkt ist die Alltagskommunikation. Bei den Grünen sind seit Jahrzehnten quotierte Redelisten üblich. Das hat den Vorteil, dass eine Frau auch aufgerufen wird, wenn sie sich nicht sofort meldet. Wir wissen, dass Männer viel schneller agieren, Rankings vornehmen, und Frauen, die tendenziell länger nachdenken, kommen dann nicht mehr dran. Relevant ist das auch, weil Melden und Reden den Status mitbestimmt. Auch gewaltfreie Kommunikation sollte stärker verankert werden. Um Frauen eine echte Teilhabe zu ermöglichen, muss drittens auch die Frage der guten Kinderbetreuung mitgedacht werden. Wenn es die Realität ist, dass Frauen sich im Durchschnitt mehr um Kinder und Familie kümmern, dann sind sie diejenigen, die am massivsten strukturell diskriminiert sind durch den Mangel in diesen Bereichen. Ich finde es außerdem wichtig,

dass Frauen sich verbinden. Eine der schönsten Ereignisse der letzten 10 Jahre war die Berliner Erklärung, wo sich Frauen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammengetan und erreicht haben, dass die entsprechend qualifizierten Frauen mit einer, wenn auch kleinen Quote, in die Aufsichtsräte müssen. Außerdem müssen ab einer bestimmten Unternehmensgröße Frauenförderpläne und Qualifizierungspläne entwickelt werden, damit der Nachwuchs an Frauen überhaupt entwickelt wird. Vielleicht brauchen wir eine Berliner Erklärung Reloaded. Denn vereinzelte Initiativen scheitern. Veränderung muss als gemeinsame, Ämter und Parteizugehörigkeiten übergreifende Initiative organisiert werden, die Druck aufbaut, vor allem bei der kommenden Wahlrechtsreform. Da ist unser aller Kreativität gefragt, und zwar beinhalt. Politische Macht und Mehrheiten werden nicht dadurch errungen, dass eine Gruppe einen richtigen Antrag schreibt, denn der verpufft in Machtstrukturen.

Magwas: Das kann ich nur unterstreichen. Die Berliner Erklärung braucht eine Neuauflage. Es braucht geballte Unterstützung von Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen, aktiven Politikerinnen und Politikern ebenso wie den Parteigründen, um eine laute Stimme zu sein. Neben der Wahlrechtskommission bietet sich auch die Diskussion um die Weiterführung des Führungspositionengesetzes an. Wichtig zur Wahlrechtsreform ist, dass man das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe schon im Auftrag der neuen Wahlrechtskommission deutlich vorgibt, vor allem, dass wir rechtliche Schritte für Parität wollen. Mit der Auftragsbeschreibung muss politischer Druck aufgebaut werden. Im Abschlussbericht der Wahlrechtskommission 2021 bis 2023 sind bereits all die Punkte enthalten, die jetzt wieder im Koalitionsvertrag stehen. Hieraus könnte auch der djb Schlussfolgerungen ziehen, wie ein zielführender Auftrag für eine neue Wahlrechtsreform formuliert sein muss, und was man noch tun kann, um bessere Ergebnisse zu erzielen.

Herzog: Wenn wir schon bei der Wahlrechtskommission sind: Was wären darüber hinaus die wirklich erfolgsversprechenden Paritätsvorschläge – wo kommt man am ehesten weiter?

Künast: Ich warne davor, zu vorsichtig zu denken. Initiativen wie der Juristinnenbund sollten nicht nach dem Einigungspotenzial fragen, denn das ist schon eine Schere im Kopf.

Magwas: Die Forderung muss hoch sein!

Künast: Frau muss sozusagen das Unmögliche fordern. Dabei gibt es verschiedene Varianten. Aber es muss etwas sein, dass rechtlich sicherstellt, dass Parität kommt. Man darf sich nicht von männlicher Lobbyarbeit abhalten lassen, die das alte System erhalten wollen, weil es sie absichert. Auch nicht durch Debatten über angeblich schwierige Details ablenken lassen. Unsere Frage muss immer sein: Wie stellen wir Parität her?

Herzog: Im Kapitel „Gutes Regieren“ des Koalitionsvertrags wird hinsichtlich der Wahlrechtskommission gleichzeitig eine Stärkung der Bewerber*innen mit Erststimmenmehrheit angestrebt wie auch Maßnahmen, die die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen gewährleisten sollen. Steht das in Spannung, weil die Stärkung der Erststimme häufig zu einer Stärkung des – regelmäßig männlichen – Erststimmenkandidaten führt, solange parteiintern keine entsprechenden Quoten vorhanden sind?

Künast: Die Stärkung der Erststimme kommt bestimmt von der CDU/CSU. Eine Stärkung der Erststimme läuft aber Gefahr, das Verhältniswahlrecht aufzulösen.

Magwas: Es geht darum, sicherzustellen, dass diejenigen mit der Erststimmenmehrheit tatsächlich auch in den Bundestag ziehen. Ich bin insofern selbst betroffen, weil ich zweimal Erststimmenabgeordnete war. Wenn man die meisten Stimmen in seinem Wahlkreis holt und nicht in den Bundestag einzieht, zweifeln Bewerberinnen und Bewerber ebenso wie Wählerinnen und Wähler schon ein wenig am demokratischen System.

Künast: Ich habe gegen Kevin Kühnert mit über 30.000 Erststimmen für mich verloren und hatte trotzdem mehr Stimmen als eine Vielzahl von CDUern und CSUern die damit Abgeordnete wurden. Das ist auch ungerecht.

Magwas: Aber es gibt nun einmal aus guten Gründen Erst- und Zweitstimme, das kombinierte Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Und wer in den Wahlkreisen die Erststimme gewinnt, ist insofern eben Sieger. Das kann man anders doch niemandem erklären. Außerdem verwiesen so Regionen, was ich für fatal halte im Sine der regionalen Repräsentanz. Zur Union: Ja, wir stellen immer noch viel zu oft Männer in den Wahlkreisen auf. Das muss sich verbessern.

Künast: Die Frage ist ganz grundsätzlich, was für ein Wahlrecht wir eigentlich haben. Die Zweitstimme repräsentiert das Verhältniswahlrecht, das wir haben. Aber das bleibt wohl strittig zwischen uns. Und Vorsicht, der Bundestag darf nicht wieder größer werden.

Herzog: Noch einmal umgekehrt gefragt: Was von den bisher ergriffenen Maßnahmen funktioniert denn eigentlich nicht, und woran liegt es? Was könnte dementsprechend noch besser gemacht werden? Und dann im zweiten Schritt: wie könnte oder sollte man die Verbesserungsansätze rechtlich verankern?

Magwas: Es geht zum einen darum, dass die Haltung im Kopf da ist: dass es wichtig ist, Frauen zu fördern. Das fängt bei dem oder der Kreisvorsitzenden an, bei den Kreisvorständen, die Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten schaffen müssen, dass sich junge und auch ältere Frauen engagieren. Das sind nicht lediglich Mentoringprogramme, sondern es geht auch um gezieltes Ansprechen. Auch muss ein Klima geschaffen werden, dass die Beteiligung Freude macht. Insofern müssen wir es als Gesellschaft und politisches System hinbekommen, ein Klima zu schaffen, in dem Politikerinnen und Politiker kein Freiwild sind. Vor allem Hass und Hetze gegenüber Politikerinnen, oft auch sexualisiert, ist ein erhebliches Problem. Das ist ein Grund, weshalb viele Frauen sagen „Das tue ich mir nicht an“. Das Problem hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Parteien müssen schon im Vorfeld aktiv werden und dafür sorgen, dass es möglichst gar nicht so weit kommt und helfen, wenn es doch passiert. Dazu muss es Anlaufstellen in den Parteien geben. Nötigenfalls muss der Digital Services Act nachgeschärft und ein digitales Gewaltschutzgesetz geschaffen werden.

Künast: Wir hatten in der letzten Regierung ein digitales Gewaltschutzgesetz vereinbart, das sowohl die Auskunftsrechte stärkt, soweit das unter dem DSA national geht, als auch eine Sperre von Accounts per richterlichem Beschluss ermöglicht.

Das ist nötig. Auf jeder Veranstaltung darf man jemand des Saales verweisen, wenn er herumpöbelt. Insofern darf man das Geschäftsmodell der digitalen Dienste – je mehr Hass, je mehr Gefühl, desto mehr Klicks – nicht einfach hinnehmen. Deswegen sollte das nicht nur in Geschäftsbedingungen der Plattformen, sondern als rechtlicher Anspruch ausgestaltet sein.

Wenn man sich fragt, wo Gleichstellung los geht, müssen erstens alle Beteiligten ein Bewusstsein dafür haben. Es erfordert einen langen Prozess in der Partei, immer wieder darüber zu reden, dass die alte Männerquote aufgelöst werden muss, und Schritt für Schritt weiterzugehen. Auch erfordert es einen Bundesvorstand, der das will und auf Parteitagen umsetzt. Das fängt ja beispielsweise dabei an, dass man sich fragt, wer in Gremien oder bei Redebeiträgen eigentlich abgebildet wird. Dass es für bestimmte Themen keine Frauen gäbe, kann man 2025 nicht mehr sagen. Man findet qualifizierte Frauen, wenn man sich nur auf die Suche macht. Quotierte Redelisten statt Rednerlisten trainiert im Alltag: Wir bei den Grünen haben damit gute Erfahrungen gemacht. Auch Mentoringprogramme sind sehr gut, weil sie helfen, dass Frauen sich Kandidaturen zutrauen und professionell vorgehen.

Magwas: Ich glaube auch, dass Mentoring-Programme gut sind. Ich habe aber auch oft den Eindruck, dass man sich damit schmückt. Man hat dann ein Mentoring-Programm und nach einem Jahr findet keine Bindung mehr statt. Da muss man noch etwas draufsetzen: Man braucht eine strukturierte Personalentwicklung. Ich weiß, dass das nicht ganz einfach ist in Wahlverfahren. Nichtsdestotrotz brauchen wir es, insbesondere für Frauen.

Künast: Wenn du die Hilfestellungen der Struktur nicht hast, z.B. über Redelisten und Quote, dann läuft ein Mentoring-Programm natürlich leer.

Magwas: Wir haben in der Bundestagsfraktion immer aufgepasst, dass genügend Frauen in der Plenarwoche als Rednerinnen am Pult stehen. Das ist nicht immer einfach, gerade weil wir keine quotierten Listen haben. Wir haben immer darauf hingewirkt, dass die Antennen bei den Männern an sind. Wenn beispielsweise eine Rednerliste zu einem Tagesordnungspunkt vorgelegt wird, auf der nur Männer stehen, muss sofort eine Antenne angehen. Deswegen sage ich: Gesetzgebung und Quoten sind schön und gut. Aber man braucht eine innere Haltung, dass Parität kein Schreckgespenst ist, dass man Parität wirklich haben möchte und erkennt, wenn diesbezüglich etwas schiefläuft. Darüber müssen wir noch mehr sprechen.

Herzog: Wenn man die innere Haltung stärken möchte, die Sie beschreiben, fragt sich, ob es nicht doch wirksamere Maßnahmen zur Abstützung dieser inneren Haltung braucht. Die eine Sache sind die Paritätsgesetze. Die andere Sache wäre das Parteienfinanzierungsrecht. Wie denken Sie darüber?

Magwas: Wenn die Dinge über eine Selbstverpflichtung nicht funktionieren, muss man auch gesetzgeberisch rangehen. Darum habe ich mich damals auch für die Quoten ausgesprochen und auch für ein Paritätsgesetz. Auch die Parteienfinanzierung ist ein Thema. Vielleicht ist es auch ein erster Schritt, gesetzlich paritätische Listen vorzuschreiben.

Künast: Wir haben einen aktiven Gleichstellungsauftrag, aber die Frage der Parteienfinanzierung müsste man sich genauer ansehen. Wenn es ums Geld geht, würde ich aber weniger auf negative Streichungen bei der Parteienfinanzierung zielen, sondern positiv Geld dafür fordern, um zu fördern, damit Frauen strukturell nicht diskriminiert sind. Ich will das nicht nur auf politische Teilhabe, sondern überhaupt auf wirtschaftliche Teilhabe und berufliche Entwicklung und Chancen beziehen. Überall, wo Frauen daran gehindert werden, sich weiterzuentwickeln, teilzuhaben und sich zu engagieren. Beispielsweise auch, wenn jemand ein Studium über den Arbeitgeber finanziert und sich dabei verpflichtet, noch ein paar Jahre zu bleiben. Wenn das zeitlicher Mehraufwand ist, sind die Frauen die ersten, die bei Familie scheitern. Gefragt werden muss: Was hindert Frauen eigentlich daran, ehrenamtliche Bürgermeisterin auf dem Dorf werden zu wollen? Oder Bundestagsabgeordnete? Die Dinge muss man sich angucken, und sie kosten alle Geld. Kitaplätze, Ganztagschule muss da sein und funktionieren. Man fragt sich: Warum haben wir hier nicht schon längst die Hütte angezündet?

Magwas: Das stimmt. Wir dürfen jetzt nicht anfangen, den Rechtsanspruch für einen Hortplatz im Grundschulalter immer weiter nach hinten zu schieben. Und wir sollten „Führen in Teilzeit“ gesetzgeberisch noch stärker untermauern. Und wie

bereits gesagt sind hybride Sitzungen ein sehr wichtiger Punkt. Das betrifft übrigens nicht nur Frauen, sondern beispielsweise auch junge Menschen in ländlichen Räumen, die zum Studieren anderswo hinmüssen.

Herzog: Es gäbe noch sehr viel zu fragen. Aber entscheidend, im Sinne eines Schlussworts: Haben wir das Wichtigste angesprochen?

Künast: Ich wünsche mir eigentlich, dass Frauen nochmal alle miteinander tief Luft holen, sich verbinden und überlegen: Was sind die zwei großen Dinge, die wir heute brauchen? Das kann handfest sein wie Ganztagschule mit wirklich gutem Schulessen und guten Kantinen, ein zentraler Punkt für viele Frauen, und dann bitte in voller Konsequenz: Personal da rein, Geld da rein! Der zweite Teil sollte die Wahlrechtskommission sein. Eigentlich brauchen wir dazu eine Begleitkommission, die von Anfang an dabei ist, regelmäßig tagt und signalisiert: „Wir lassen euch nicht aus den Augen!“.

Magwas: Wir brauchen darüber hinaus ein grundsätzliches kulturelles Umdenken dahingehend, dass Care-Arbeit im Regelfall zur Hälfte auch von Männern gemacht wird.

Künast: Das ist ein guter Punkt. Die Emanzipation der Männer. Die brauchen wir auch.

DOI: 10.5771/1866-377X-2025-3-150

Gendered Political Socialization

– Interview with Dr. Mathilde M. van Ditmars

Dr. **Mathilde M. van Ditmars** is a political sociologist, working as assistant professor at the Department of Social and Political Sciences of the University of Milan (La Statale). Interview by **Eva Herzog**, LL.M. (Yale).



▲ Mathilde M. van
Ditmars, Foto: Roberto
Conciatori

Could you explain the concept of „gendered political socialization“?

Gendered political socialization refers to the process through which individuals internalize norms and expectations about politics in ways that are shaped by gender. It results from the intersection of political socialization, how individuals learn about politics and form political preferences, and gender role socialization: how individuals learn the cultural norms associated with being male or female. Through gendered political socialization, children, adolescents, and young adults may come to see politics as a male domain, due to both explicit and implicit cues from their environment. These include the underrepresentation of women in politics, stereotypical portrayals of political leadership, and differential treatment by parents, teachers, peers, and the media. Consequently, girls are often less encouraged or supported to develop political interest, ambition, or a sense of political efficacy compared to boys. Over time, this is

considered to contribute to persistent gender gaps in political interest, knowledge, and representation.

What methods are used to learn more about differences between gender roles and their influences on political participation?

Most research in this field relies on quantitative methods such as large-scale surveys, which allow scholars to analyze patterns across populations and over time. These can be cross-sectional or longitudinal, and often include data on political attitudes, behaviours, family background, and social context. Some studies use experimental or quasi-experimental designs, including twin studies or survey experiments, trying to isolate causal mechanisms. Increasingly, scholars call for qualitative methods, such as interviews, classroom observations, or focus groups, to better understand how young people experience political socialization in real-time and how gender shapes these experiences. Recent developments include incorporating genetic data or twin designs to examine how environmental and genetic influences interact in shaping political traits. In recent years, more innovative approaches have emerged. A notable example is the *Draw A Political*